

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Haupt- und Niederdruckerei: Nr. 20018.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Druckort: Dresden.
Verlag: K. W. H. Schmidt.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,60 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,80 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2,00 M. 719. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitzingerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Correspondenz: Weitzingerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertate werden die Tagesblätter mit 50 Pf. berechnet, bei dreiwöchiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Dauerinserten. Inserate außer bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 256.

Dresden, Sonnabend den 2. November 1918.

29. Jahrg.

Der Kaiser und die Parteien.

Vier Landtagsabgeordnete als Staatsminister ernannt. — Die Tschechenherrschaft in Deutschböhmen.

Wenn schon, denn schon.

Die Frage des Kronvertrags des Kaisers erregt die Gemüter und wird überall mit gewisser Leidenschaftlichkeit besprochen. Dabei laufen die Meinungen ziemlich weit auseinander, und vielfach werden der Kern der Frage und ihre ganz Tragweite nicht recht erkannt.

Das einfache Volksgedächtnis sagt, die Abdankung des Kaisers ergäbe sich naturgemäß mit dem Zusammenbruch des alten Systems, an dessen Spitze er stand. Die schweren Fehler der deutschen Politik in den letzten Kriegsjahren — U-Bootkrieg, Friedensvertrag mit Rußland — konnten nicht ohne Mitverantwortung des Kaisers begangen werden. Wenn er also an dem schweren Unheil, das durch die Kriegsverlängerung über unser Land gekommen ist, mitverantwortlich ist, so müsse er hinaus auch die unüberwindlichen Konsequenzen ziehen. Dazu kommt die weitere und jetzt wichtigste Frage, ob das Verbleiben des Kaisers nicht ein Hindernis des Friedens ist. Man könnte aus Wilsons Worten den Eindruck gewinnen, als ob Wilson dem deutschen Volke einen schnellen und besseren Frieden gehen wolle, wenn er nicht mit dem bisherigen Herrscher, sondern mit wirklichen Vertretern des deutschen Volkes zu verhandeln hätte.

Von anderer Seite wird bestritten, daß das Verbleiben des Kaisers ein Friedenshindernis sei. Die Verzögerung des Waffenstillstandes wird auf die Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten zurückgeführt, die zwischen Wilson und seinen Mitarbeitern bestehen. Im übrigen ist für die bürgerlichen Parteien in Deutschland der Gedanke der Kaiserabdankung sehr überaus gekommen und sie werden dabei das Empfinden nicht vermissen, daß mit dieser Abdankung eine Bahn beschritten werden könnte, deren Ende unabsehbar sei. Sie glauben, daß mit den Verfassungsänderungen genug geschehen sei, durch die das „preussische Regiment“ des Kaisers beseitigt wurde.

Ziel zu wenig aber wird bei all diesen Betrachtungen bei einer und der anderen Seite beachtet, daß mit der Abdankung des Kaisers eine ganze Reihe weiterer und für die Entwicklung Deutschlands wichtiger Fragen in nächstem Zusammenhang stehen würde. Zunächst ist wohl klar, daß der Kronvertrags des Kaisers allein für seine Verfall keine Lösung der jetzigen Schwierigkeiten bringen würde. Der Kronvertrag ist mindestens ebenso belastet wie sein Vater und Empfinden für ihn sind jedenfalls äußerst wenig vorhanden. Danken wir Kaiser und Kronprinz ab, so könnte der jährlingste Anteil in Frage kommen, und es würde nach der preussischen Verfassung der Herr der Krone nächststehende Anwärter als Regent und damit zugleich als Kaiser in Reichs aussitzen. Auch das ist eine durchaus nicht verlockende Aussicht. Wenigstens wird in weitesten Kreisen des deutschen Volkes die Meinung bestehen, daß wenn einmal Kaiser und Kronprinz nicht bleiben können, es dann auch gar keinen Zweck mehr hat, das Experiment eines minderjährigen „Kaisers“ und einer sehr ungewissen Regentschaft zu machen. Die Stimmung dürfte dann wohl mehr dahin gehen:

Wenn schon, denn schon! Wir befinden uns in der unheimlichsten weltgeschichtlichen Katastrophe unseres Volkes. Da müde es schon besser, keine Panzer zu schaffen.

Hierbei dürfen wir uns aber nicht darüber täuschen, daß die Umwandlung des Reichs in eine Republik nicht denkbar ist ohne Rücksicht auf die Einzelstaaten und ihre Verfassungen. Es würde sich auch nicht nur um die vielen Dynastien handeln, die in den Einzelstaaten vorhanden sind, sondern vor allem würde die große Frage sich erheben, ob die Einzelstaaten in ihrem bisherigen Bestand vor dem Richterstuhl der Geschichte noch Anspruch auf dauernde Existenz haben können. Der Weltkrieg hat sehr deutlich gezeigt, daß der Partikularismus ein schlimmer Feind der deutschen Wohlfahrt ist. Die ganze Organisation des Reichs hat sich als völlig unzureichend erwiesen. Hier erwachsen also sehr schwierige Probleme von ungeheurer Tragweite, die in jetziger Stunde nur angebeutet werden können, deren Lösung aber nicht im Pandurndrehen erfolgen kann. Ob es jetzt zum Kronvertrags des Kaisers kommt oder nicht, sicher ist, daß bis in die letzten Grundfragen der deutschen Verfassung ein neues Werden sich ankündigt. Bei der Lösung all dieser Fragen kann nur der erste Schritt in Frage kommen: Was kommt dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit am besten?

Die Agitation gegen die Monarchie.

Unter dieser Überschrift giebt die Deutsche Tageszeitung ihren Born in Weitzingerform über alle jene aus, die die Kronvertrags zu erörtern wagen. Wir geben zu, daß es für die Parteipolitik sehr schmerzhaft sein muß, wenn an dem heiligen Sakrament ihrer bisherigen Macht gerüttelt wird, aber dieser Schmerz ändert nichts an der Tatsache, daß die Abdankungsfrage in den Diskussionen der Parteien und ihrer Führer allmählich einen breiten Raum einnimmt. Charakteristisch

Der amtliche deutsche Kriegabericht.

Wib. Berlin, 1. November, abends. (Kont.)
An der Front ist nichts Neues zu berichten. Südlich Zeitz sind wir uns weiterhin Angriffen durch Ausweichen auf die Elbe entgegen. Südlich Zeitz sind wir uns weiterhin Angriffen durch Ausweichen auf die Elbe entgegen. Südlich Zeitz sind wir uns weiterhin Angriffen durch Ausweichen auf die Elbe entgegen.

Der Bericht des Hauptquartiers ist bis 3.15 Uhr noch nicht eingegangen, wir werden diesen daher erst in der nächsten Nummer zum Abdruck bringen.

Reichstag und Regierung

Sind einig in dem festen Willen, den Kriegsanklage-Zeichnern gegenüber des Reiches Ehrenpflicht zu erfüllen, jede Verletzung ihrer Rechte abzuwehren und ihnen, so weit es angeht, Entschädigungen und Vergünstigungen zu gewähren.

Darum zeichnet die Kriegsanklage!

textisch für süddeutsche Stimmungen ist es, daß (wie die D. Z. sagt) „der bekannte Delegierte Dr. Prof. Quide“ in einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in München in aller Form in einer Resolution die Kronentagung des Kaisers als des Repräsentanten des alten, jetzt zusammengebrochenen Systems fordern ließ.

Auch die Reichstagsfraktionen kommen um eine öffentliche Darlegung ihrer Stellungnahme nicht herum. Die Haltung des Zentrums gibt die Germania wieder; sie schreibt:

In einem bemerkenswerten Aufsatz spricht der Daily Chronicle von englischen Verfassungen, die sich an den amerikanischen Kampf gegen das deutsche Kaiserium anknüpfen. Man läßt in England mit Recht, daß mit dem deutschen Kaiserium ein weiteres Stück Autorität und eines der letzten Bollwerke gegen den anwachsen den imperialen, kaiserlichen Weltismus verloren ginge. Unter diesen wird von Ideen und Reichs werden von Ideen zusammengehalten. Das müssen wir Deutschen und vor Augen halten, damit wir jenseits vom Scheitern der Vereinigung und Abriegelung nicht verfallen, daß mit der Abdankung des Kaisers das Schicksal des Deutschen Reichs sich verändere, daß ledern würde, und daß vor allem auch ein Form gegen die Gefahren der Weltkrisis abgetragen würde. Freilich eine ist notwendig: Der gegenwärtige Träger der Kaiserkrone muß sich bewußt und rücksichtslos für einen neuen Einsetzung des Reichslands bekennen.

Wenn das Zentrum keine anderen Sorgen hat, so ist die Angst vor den Folgen der Kronentagung überflüssig. Die Monarchie hat und nicht davor bewahren können, daß die Herrschaft des Nationalismus in Deutschland bis in die letzten Zeiten hinein ständig zunahm. Und was das Schicksal des Deutschen Reichs anbelangt, so wird es von den wirtschaftlichen Interessen aller Stämme zusammengehalten. Daneben erscheinen sämtliche deutschen Dynastien wie ein alter Robb, der uns seit dem Mittelalter anhaftet. Dieser Robb der Waffendynastie ist ein so altertümliches Reliquat, daß er im Wilde des neuen Deutschlands dauernd sitzen wird und darum ins Museum der Geschichte gehört.

Das wäre auch zu sagen zur Stellungnahme der Nationalliberalen, die die Monarchie als Symbol der Reichseinheit hüten wollen; die Fraktion ist mit der Partei der Ansicht, daß das Erstreben einer republikanischen Staatsform der Auflösung gleichkommt ist. Man darf dies als Ansicht der nationalliberalen Parteien ansehen, denn schon die linksnationalliberale Berliner Morgenzeitung behandelt das Thema ohne Umschweife und schreibt:

„In einem großen Teil des Volkes wird mit einer baldigen Abdankung des Kaisers gerechnet, man nimmt sie als sicher an. Wir haben bereits früher zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht um die Verfall handeln kann, daß aber der monarchische Gedanke, der in Deutschland so fest verankert ist, nicht einfach losgerissen werden darf. Und er selbst Schaden, wenn mit einer Tat, die vielleicht doch getan werden muß, allzulange gezögert wird. Man wird wohl mit einer schnellen Einberufung des Reichstags zu rechnen haben. Die Entscheidung darüber, ob die die Reichsregierung gestellt ist, sind die schwerwiegendsten, die je zu fassen waren.“

Dieses wohl nationalliberale Blatt nimmt also die Abdankung als ebenso unabänderlich hin wie der größte Teil der liberalen Presse. Man sollte meinen, selbst Hohenzollern-Verfechter (soweit es solche überhaupt gibt) müßten einen solchen Schritt für notwendig erklären, der einem großen Teil unserer Deutschen nicht so — müde gesagt — gleichgültig geworden ist!

Scheidemann, der Kaiser und des Krieges.

Die Volk. Ztg. berichtet, Genosse Scheidemann habe an den Reichstagsfraktionen eine Denkschrift gerichtet, in der die Kronentagung dargelegt wurde, daß der Kaiser zurücktrete. Es ist richtig, daß von Scheidemann ein derartiger Schritt unternommen wurde. Wir können hinzufügen, daß er im Einvernehmen mit den Parteiführern der Partei und der Reichstagsfraktionen erfolgt ist.

Der Chef des Reichstags, der ehemalige Reichstagspräsident, der vorgeschien, nach der Abdankung des Kaisers zum Großen Hauptquartier gereist war, ist nach Berlin zurückgekehrt. Es ist anzunehmen, daß sich aus seinem kurzen Besuch im Hauptquartier keine besondere Veränderung der Situation ergeben hat. Diese Situation bietet laut H. Z. sehr ernste Schwierigkeiten, und kann, wenn sie andauert, zu Entschädigungen führen, welche für die ganze innere Entwicklung folgenreich sein müßten. In politischen Kreisen wird noch die Erwartung geäußert, daß der Kaiser sich nach Berlin zurückziehen werde. Eine einseitige und willkürliche Stellungnahme gegenüber den Waffenstillstandsbedingungen der Entente, die in den nächsten Tagen bekannt werden dürften, könnte natürlich unter gegenwärtigen Umständen erheblich schädlich wirken und es wäre daher mit mancherlei Hindernissen zu rechnen. Gegenüber allen anderwärtsigen Meinungen muß betont werden, daß der Kronvertrag einen Hindernis und einseitigen Schritt in der Abdankungsfrage höher nicht setzt, was gegen die Meinung der Kaiser in dieser Zeit zu heftiger Ablehnung und Kritik in Berlin weilen würde, allerdings ein einseitiger Schritt.

Uberschwemmungen in Harbern.

Amsterd., 31. Oktober. Nach einem tiefen Witter ist der Emsdeltabereich der Limes bei der englischen Grenze mit, daß die Deutschen durch die Zerstörung der Schienen das ganze Schiedel von Volencianes bis sechs Meilen von Coysde unter Wasser setzen und in einen See von vier Meilen Breite überwandeln. Von Volencianes bis zum Kanal ist das ganze Land überschwemmt. Das Volk ist noch immer im Strigen der Fluten, so daß die Arbeit von Herden und Säben aus nur sehr schwer zu erzielen ist.

Einleitung der deutschen Luftangriffe an der Front.

Berlin, 2. November. Ueber einen deutschen Vorstoß zur Einkerbung der Luftangriffe hinter der Front heißt es in der Reichsdeutschen Allgemeinen Zeitung halbamtlich: Die Deutsche Fliegerarmee hat aus Gründen der Menschlichkeit und um wichtige Rettungen auf beiden Seiten zu erhalten, den andern Kriegsländern durch Vermittlung der schweizerischen Regierung vorgeschlagen, Luftangriffe im feindlichen Lande hinter dem Operationsgebiet vollständig zu unterlassen. Die deutschen Fliegerkräfte haben schon Anfang Oktober einvernehmlichen Befehl erhalten. Zugleich haben die Gegner noch in jüngster Zeit gegen eine Anzahl der schwersten Bombenangriffe unternommen, die zahlreiche Opfer unter der bürgerlichen Bevölkerung gefordert haben.

Grüner Lebenshoffnung nachfolgt.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Generalleutnant Gröner ist als Nachfolger des Generalleutnants von Erben Generalquartiermeister ernannt worden und hat, wie der geheime Oberbefehl zeigt, seinen Posten bereits angetreten.

Sie bringen sich in Sicherheit!

In Köln rufen die „Vereinsleute“ schon seit Mitte Oktober zur Mute vor dem schließlichen feindlichen Übermarsch und verlassen jetzt ruhig die Stadt. Unter Kölner Parteiführern, die die Reichsdeutsche Zeitung, erklärt von autändiger Stelle, daß die Bevölkerung der westdeutschen Städte angewiesen werden, die vorzeitig verlassenen Wohnungen nötigenfalls in Benutzung zu nehmen. Die wohnenden Flüchtlinge würden sich alle empfindlich geschädigt haben. Freilich, sagt das Blatt hinzu, würden manche Flüchtlinge sich weniger vor Franzosen, Engländern und Amerikanern als vor dem „Volkswind“ fürchten. Es doch ihnen das schlechte Gewissen und sie würden gerne in Sicherheit bringen, was sie sich an Kriegsgewinnen angeeignet haben. Nicht aber die bolschewistische Welle herein, so werden sie ihren Familien anheimeln, so wenig verbergen können wie in Köln. Weichen sie von dem Volkswind vertrieben, so wird sich die Sozialdemokratie die „Vereinsleute“ geben, die Kriegsgewinne der Reichen wieder der gesamten Volksgemeinschaft zuzuführen.

Tschechische Herrschaft in Deutsch-Böhmen.

Den Tschechen scheint es auch zu gelingen, in Deutsch-Böhmen die Herrschaft an sich zu reißen. In den tschechischen Städten Wöhmen und Mähren entziffert, so meidet der Berliner Lokal-angehöriger, der tschechische Nationalausschuss mit Hilfe tschechischer Soldaten das deutsch-österreichische und ungarische Militär, das dort garnisonierte und von dem Ereignissen vollständig überrollt wurde. Den Soldaten wird hierbei gesagt, daß der Krieg aus sei und sie nach Hause gehen können. Im ganzen tschechischen Sprachgebiet herrscht ausschließlich der tschechische Nationalausschuss, dem es gelungen ist, auch mehrere deutsche Städte Wöhmen und Mährens mit Hilfe der dort befindlichen tschechischen Garisunen zu überrennen. Nicht nur die mährische Landeshauptstadt Brünn, sondern auch die tschechische Landeshauptstadt Prag, die zweite Hauptstadt Wöhrens, Olmütz, die mährische Kohlenmetropole Böhlich-Odrau, die freilich gemischttschechische Städte sind, aber doch von einer deutschen Mehrheit bewohnt werden, sondern auch die fast ganz deutsche tschechische Landeshauptstadt Troppau und die tschechische Stadt Jasin in Mähren sind in die Hände des tschechischen Nationalausschusses gefallen.

In Wöhmen scheinen die beiden tschechischen Garisunen die deutschen Städte Pilsen, Teplitz und Kumburg in die Hände bekommen zu haben. Die tschechischen Soldaten werden besonnen gehalten. Diese sollen die neue tschechisch-slawische Volksgarde bilden, die den außerordentlichen Zweck haben soll, an der Seite der Garisunenteiler in Konstantin einzufallen. Wie die tschechischen Mächte werden, wird der tschechische Nationalausschuss auch sofort Neumarkierungen ausarbeiten, um das tschechische Meer auf eine Lösung gezielte Maßnahmen zu bringen. Selbstverständlich dem tschechischen Nationalausschuss, diese Neumarkierung auch in den deutschen Teilen Wöhmen, Mährens und Schlesiens durchzuführen, so daß also auch die Deutsch-Böhmen genötigt werden, mit gegen Deutschland zu kämpfen. Auf deutscher Seite zeigt sich sowohl in Deutsch-Böhmen als auch in Deutsch-Mähren und Schlesien eine kaum glaubliche Ratlosigkeit. In den deutschen Städten werden die Soldaten auch von den deutschen Kommandanten, die nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen, verlassen, so in Hohenbrunn und Teplitz, wo die österreichische Militärgemacht einfach die tschechische Besatzung aufstellte. Während die Tschechen bereits über ein Volkheer verfügen, das freilich fast nur auf Prag und einige andere Städte beschränkt ist und erst einige tausend Mannstärke zählt, sind auf deutscher Seite kaum die Kräfte dazu da. Unter diesen Umständen kann das Schicksal Deutsch-Böhmen nicht zweifelhaft sein. Man wird bald vor die fertige Tatsache der Besetzung der Städte Deutsch-Böhmen gestellt sein, wenn man sich auf deutscher Seite nicht zu energischen Schritten aufstellt.

Die Tschechen haben sämtliche deutschen Eisenbahnhänge in Wöhmen an der Grenze beschlagnahmt und das Bahnpersonal zurückgehalten, Lokomotiven und Waggons dagegen zurückbehalten. Wie die Neue Freie Presse aus Prag meldet, herrscht in Prag Ruhe. In allen Geschäften und Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Nach der gestrigen Vollziehung des tschechischen Nationalausschusses konstituierte sich der Ausschuss für nationale Verteidigung. Zum Präsidenten wurde der Abgeordnete Utegal, zum Vizepräsidenten der Abg. Madracel ernannt. Wie Utegal mitteilt, wird der Nationalausschuss die Aushebung der vier jüngsten Jahrgänge ausarbeiten, die er jetzt zur Sicherung des Landes und der Ordnung benötigt. Heute nachmittag reisen die noch in Prag weilenden deutsch-österreichischen Soldaten, einige Hundert an der Zahl, ab.

Böhmische Vandalen an der deutschen Grenze.

Hirschberg, 2. November. Da in der Gegend von Trautenau und Josephstadt in Wöhmen sich aus unlässigen Kriegesgefahrenen Vandalen gebildet haben, ist die militärische Grenzschutz an der deutschen Grenze bei Liebau verfehrt worden. Der größte Teil der Sächsischen Garnison ist zum Schutze gegen die Vandalen nach Liebau verlegt worden.

Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 1. November. Heute fand ein Parteitag der deutschen, sozialdemokratischen Arbeiter in Oesterreich statt. Es nahmen ungefähr 200 Delegierte daran teil. Diejenigen Abgeordneten, welche Mitglieder des Reichstages sind, waren durch eine Sitzung dieser Art verfehrt, der Erfüllung des Parteitagelages beizuwohnen. Im Namen des Parteivorstandes eröffnete Elard den Parteitag mit einer Ansprache, in der er sagte: Der Parteitag findet vor mitten in einer unblutigen Revolution. Wir hoffen, daß die weiteren Phasen ebenfalls unblutig verlaufen werden und alle Klassenunterschiede und Klassenvorurteile verschwinden. Nach der Wahl des Vorsitzenden wurde als einziger Punkt der Tagesordnung angelegt die letzten politischen Ereignisse und der Wiederaufbau der Parteioorganisation. Nach Genehmigung des Berichtes der Parteikonferenz hielt in Vertretung des Vizepräsidenten Dr. Viktor Adler Otto Bauer eine Ansprache, worin er die Ursachen des Zusammenbruchs Oesterreichs betonte.

Wird deutsch-österreichische Armeen.

Wien, 21. Oktober. Wie die Blätter melden, treten in Wien im Abgeordnetenhaus die Abgeordneten Gierl, Reutinger, Hillebrand, Schorpler, Wolf, Joz und Gaiser mit Offiziers- und Soldatenrepräsentanten zusammen, um über die Schaffung einer deutsch-österreichischen Armeen zu beraten. An der Beratung nahmen auch Präsident Selz und der neue Militärfeldkommandant von Wien, General der Infanterie Jhr. v. Stichowitsch sowie der Generalstabchef in Wien, Oberst Primmisch, teil. Dieser hielt an die Offiziers- und Soldatenabordnung eine Ansprache, in der er ausdramatisierte, daß es zunächst Aufgabe jedes Soldaten sei, dafür zu sorgen, daß nicht durch falsche Maßnahmen Verwundungen in das Militär getragen werde und daß nicht gefahrlos, was eine Reorganisation des Militärs herbeiführen könne. Es handle sich nur darum, im Hinterlande aus den Häusern die fremdfranzösischen Soldaten auszuschalten, ihren Stenzen zu beheben und die Demobilisierung im Hinterlande vorzubereiten und in ruhige Bahnen zu lenken. Die Frontarmee möge zunächst nicht in Betracht gezogen werden. Der Oberst hat die Leute, beruhigend und auslösend unter den Soldaten zu wirken. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß sich heute nachmittag der Leiter des Reichstages in die Wiener Kaffeehäuser begab, um mit den gemäß den Vertretern der Soldaten in Verhandlungen bezüglich der Bildung einer nationalen deutschen Armeen zu treten.

Falsche Gerüchte.

Wien, 1. November. Abgeordnete sowie Mitglieder des Reichstages erhielten telephonische Mitteilung aus Triest, Trent und Laibach, daß die Meldungen vom Eintreffen einer amerikanischen und englischer Kriegsschiffe in Triest und das Eintreffen englischer Offiziere in Laibach und Triest nicht auf Wahrheit beruhen. In Laibach hat der

slowenische Nationalrat die Verwaltung übernommen. Die Stadt ist ruhig und die Ordnung ungefehrt.

Die italienische Flotte in Trium.

Wien, 1. November. Die Blätter melden aus Trium: Die italienische Flotte ist am Mittwoch abend auf Erhalten der italienischen Flotte, die die Herrschaft der Südlawen in Trium nicht anerkannt wollen, in Trium eingelaufen. Alle im Hafen befindlichen Schiffe heften italienische und amerikanische Flaggen gehst.

Das Schiffschiff Viribus unius versenkt.

Wien, 1. November. Die Marineektion teilt mit: Auf Meere unangelegte Weite drangen heute morgen, nach der Uebergabe der Flotte an den südlawischen Nationalrat, mehrere italienische Seefahrer, die die Herrschaft der Südlawen in Trium nicht anerkannt wollen, in Trium eingelaufen. Alle im Hafen befindlichen Schiffe heften italienische und amerikanische Flaggen gehst.

Berlin, 1. November. Wie wir hören, sind die in österreichischen Häfen liegenden deutschen U-Boote durch die Aufhebung der österreichischen Flotte nicht berührt worden.

Joffes Kurriere.

Unter dieser Ueberschrift nimmt die Leipziger Volkszeitung zu den Gerüchten Stellung, die das Böhndorfer Tageblatt verbreitet und die auch wir gestern zitierten.

Sie weist die Unrichtigkeit von den eingeleiteten Handgriffen und der Verdächtigkeit der Kurriere zurück und fügt hinzu: Die Zahl der deutschen Kurriere, die seit Joffes Amtsantritt zwischen Deutschland und Rußland hin und her gerast sind, ist größer als die der russischen. Sie beträgt etwa 500.

Aber auf diese Schwaergeschichten kommt es nicht an. Die mögen heute beunruhigen, die um die Sicherheit ihrer Kriegsgewinne bangen. Das Wesentliche daran ist vielmehr, daß einzelne Wirrwirre unter den Unabhängigen durch ihre Schreie nach der Revolution diese Kolportagegeschichten erst möglich machen und ihnen einen Schein von Veredlung geben. Und solange die Unabhängigen es nicht für nötig halten, klipp und klar zu sagen, was sie eigentlich wollen, so lange müssen sie es sich gefallen lassen, daß sie in ihrer Gesamtheit für die Torkheiten einzelner Schreier in ihren Reihen verantwortlich gemacht werden.

Differenzen zwischen Wilson und dem Verbände.

Nach einer Meldung aus Rotterdam erklärte der englische Kriegsminister in einer Unterredung mit einem Vertreter des Evening Standard, daß die Kriegsziele der Verbündeten durch den Waffenstillstand vollkommen erreicht werden könnten, da dieser mit einer Niederlage des deutschen Militarismus gleichbedeutend sei. Es dürfe darum nicht gesehen werden, was die Herbeiführung des Waffenstillstandes gefährden oder verzögern könne, und es sei zu vermeiden, daß man Deutschland drastische Forderungen in seiner Konstitution und in der Zusammenfassung seiner Regierung vorleibe. Dies würde den deutschen Widerstand lediglich neu beleben und den für alle Teile wünschenswerten Waffenstillstand vereiteln.

Die Züricher Morgenseitung erzählt aus dem Haag: Nach verlässlichen Informationen ergaben sich wegen der Festlegung der zu stellenden Friedensbedingungen große Schwierigkeiten zwischen den Verbündeten und Wilson, dessen Meinung in dieser Frage mit derjenigen Lloyd Georges stark im Gegensatz steht.

Ueber diesen Gegenstand informiert ein RTA-Bericht. Am 28. September hatte der bekanntlich über die Gedankenänge im Weißen Haus sehr gut unterrichtet Washingtoner Korrespondent der New York Evening Post David Lawrence die Friedensrede des Präsidenten Wilson am Tage vorher besprochen und dabei u. a. etwa gesagt:

In Deutschland und Oesterreich, an ihre Häupter von heute und ihre unaussprechlichen Sprecher von morgen, an die Staatsmänner Englands, Frankreichs und Italiens, die bis jetzt den Imperialismus Amerikas nur widerwillig geduldet haben, an die fortschrittlichen und die Arbeitermassen Englands und Frankreichs, an die demokratischen gerichteten Parteien Italiens, merdet sich Wilson, um die Sache des Verbändes von allem zu reinigen, was an Imperialismus, territoriale Vergrößerung und selbsttätigen Nationalismus erinnert. Der Präsident erinnert die ganze Welt daran, daß Amerika es ernst meint, daß es in diesem Kriege nichts für sich haben, sondern seinen Einfluß nur gebrauchen will, damit kein andres Volk auch kein verbündetes, aus dem Siege einen Vorteil ziehe, der die Saat neuer Kriege säen würde. Er sagte nicht, daß der Friede auf deutschem Gebiete diktiert werden solle. Er sagte auch nicht, daß es keinen Frieden geben könne, bis das deutsche Volk selbst den siegreichen Verbänden zu Hülfe liege.

Die Royal-Deutschlands kann durch solche Taktik nicht geschwächt werden. Das deutsche Volk wird sich niemals ergeben, wenn es glaubt, daß es auf irgendeine Art vernichtet werden soll. Es wird den Krieg noch viele Jahre fortsetzen, bevor es nachgibt. Der klare Sinn von Wilsons Rede ist, daß, wenn es durch die schlicht und offen ausgesprochenen Grundzüge künftiger Politik zum Nachgeben gezwungen werden kann, die ganze Welt dabei dasjenige gewinnen wird, was sie jetzt durch die Mittel der Gewalt zu erreichen strebt, und daß nur so die Taktik der weichen Kasse selbst erprobt bleiben wird. Als Gegenmaßnahme dafür, sagt der Korrespondent, daß Amerika die Annahme seiner Politik der Selbstlosigkeit und unparteiischen Gerechtigkeit bei den Verbändemächten durchzuführen beabsichtigt, fordert der Präsident die Staatsmänner Großbritanniens, Frankreichs und Italiens auf, zu seiner Rede Stellung zu nehmen und ihn zu benachrichtigen, falls er sich geirrt haben sollte. Amerikas hat er versucht, durch die üblichen Kanäle privater Besprechung Einigkeit in der gemeinsamen Politik herzustellen. Jetzt aber appelliert er über die Köpfe der Regierungen und Staatsmänner hinweg unmittelbar an die Völker der ganzen Welt.

Die Worte des Präsidenten verraten dem Korrespondenten eine gewisse Uneinigkeit zwischen den Verbändeten Staaten und ihren Kriegsverbündeten. Einigen von den verbündeten Staatsmännern wollen Dinge herausgelassen, die sich mit der Auffassung des Präsidenten von unparteiischer Gerechtigkeit nicht decken. Der Präsident sagt ungewöhnlich, daß ihm besonders abgerundetes Interesse einer einzelnen Nation über einer Gruppe von Nationen zur Grundlage irgendeines Zweckes eines Abkommens gemacht werden kann, wenn es sich nicht mit dem gemeinsamen Interesse aller verträgt, weil der Friede sonst nicht dauerhaft sein würde. Er würde nur so lange dauern, bis das belagerte Volk wieder hart genug wäre, an seinen Feinden Rache zu nehmen. Alle andern Völker hätten in der Zwischenzeit stehende Heere zu unterhalten, um sich gegen den zu erwartenden Kampf zu sichern. Höchst bemerkenswert nennt der Korrespondent auch die Erklärung des Präsidenten, daß es innerhalb des Bundes keinen wirtschaftlichen Vorzug geben könne außer der Befugnis des Völkerbundes selbst, wirtschaftliche Strafen als Mittel der Ordnung und Rache über ein Volk zu verhängen.

Der Präsident will seinen amerikanischen, britischen oder kritisch-italienisch-französisch-britischen Verbändeten, ein andres Bündnis gegen Deutschland oder ein andres Volk innerhalb des Völkerbundes nach dem Kriege. Denn daraus würden neue Kriege entstehen. Deutschland und Oesterreich zugeweihten die Untertänigkeit der Verbündeten, weil Wilson, wie sie sagten Worte spreche, die keine europäischen Verbändeten bei ihrem unzulässigen Handeln nicht zu befolgen beabsichtigen. Unter dem Verbändemächtern müßte Einigkeit herrschen. Nur dann würde das deutsche Volk Wilsons Bedingungen annehmen und an die Friedensbedingungen der demokratischen Völker glauben.

Der türkische Waffenstillstand.

Nach einer Erklärung des Marineministers im englischen Unterhause ist der Waffenstillstand mit der Türkei am 31. Oktober nachts unterzeichnet worden und am 1. November mittags 12 Uhr in Kraft getreten. Die Mitteilung wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Die Sozialisten begrüßten auf jeden Versuch, ihre angelegte Interpellation über die Stellung der Regierung zu den Milionischen Friedensvorschlügen in Erinnerung zu bringen, die von der Regierung widerwärtig abgelehnt worden wäre, weil Clemenceau, wie der Marineminister betonte, mit dem Minister der Seekriegs durch die Entente-Konferenz in Versailles verbunden sei, im Parlament zu erscheinen. Der Minister erklärte, es sei jetzt noch nicht möglich, alle Bedingungen des Waffenstillstandes bekannt zu geben. Er nannte aber folgende als die wichtigsten: Freie Durchfahrt der alliierten Flotten zum Schwarzen Meer, Besetzung der Dardanellenforts und der am Bosporus sowie die Rücksendung der alliierten Kriegsgefangenen in ihre Heimat.

Nach der Evening Post werden die türkischen Armeen in Mesopotamien, Syrien und im Kaukasus ihre Waffen niederlegen und sich Allenby und den andern britischen Kommandanten unter Garantien ergeben, die das Ende der Feindseligkeiten für die Türkei sichern. Daß Erwoch erklärt noch, daß die Auslieferung einer Anzahl Personen, die der Verletzung der Geleise der alliierten Kriegsführung verdächtig seien, eine der Waffenstillstandsbedingungen sein werde. Diese Personen werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Deutsches Reich.

Die Kartoffelversorgung.

Die Einbindung mit Kartoffeln ist nicht in der Weise fortgeschritten. Dies beruht in erster Linie auf der ungenügenden Transportlage im September und der ersten Oktoberhälfte. Durch einfallende Regenfälle ist inzwischen hier eine Verbesserung erzielt worden. Daneben hat es sich aber als erforderlich erwiesen, die Ablieferungsfähigkeit der Speisefabrikanten zu verlängern, da die Ernte vielfach hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsbüros hat daher angeordnet, daß ein Teil der bisher für Zwecke der gewerblichen Verarbeitung vorgesehenen Kartoffeln zur Deckung des Speisefabrikantenbedarfs heranzuziehen ist. Insbesondere werden die den Brennereien zum Brennen geschlossenen Kartoffeln in Höhe von 25 Proz. der ursprünglichen freigegebenen Mengen für diesen Zweck in Anspruch genommen. Außerdem dürfen gesunde Kartoffeln künftig nur noch dann vertrieben werden, wenn sie kleiner als einen Zentner sind (bisher 1 1/2 Zoll). Diese Maßnahmen werden in Verbindung mit den getroffenen Verwaltungsanordnungen es ermöglichen, die dringend notwendige Einbindung der Bedarfsgebiete mit dem größten Nachdruck zu betreiben.

Für die Gleichberechtigung der Frauen.

Der Gleichheit entnehmen wir, daß die führenden Frauen aller Richtungen mit Ausnahme der Unabhängigen um eine Unterredung beim Reichstagsleiter und seinem Stellvertreter nachgefragt haben. Sie begründen ihren Schritt mit dem Hinweis, daß den Forderungen der Frauen die auch in Deutschland bereits seit Jahrzehnten um politische Gleichberechtigung kämpfen, bisher noch keinerlei Rechnung wurde. Es erhebe deshalb dringend notwendig, vor den Leitern der neuen Reichsregierung ihre Forderungen nochmals eingehend zu begründen und deren Stellungnahme dazu kennen zu lernen. Das Schreiben ist den Staats- und Unterstaatssekretären zur Kenntnisnahme überhandt worden.

Kriegskabinett und Zensur.

Der Reichskriegskabinett hat sich, so meldet der Berliner Lokal-Anzeiger, mit Zensurfragen beschäftigt und gelangte dabei zu dem Entschluß, daß fortan Beschränkungen in der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nur noch innerhalb des Rahmens der jetzt allgemein als Grundlage unfehlbar haben Leben angenommenen Verfügungen gefordert werden sollen. Das gilt auch für die Behandlung der von Wählern der Linken zur Diskussion gestellten Kriegfrage. Die Regierung will dem deutschen Volk in weithiniger Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung geben, damit es keine Klagen und Wünsche offen zu Gehör bringen kann. Demgemäß sollen auch alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen von nun an gestattet werden und Verbote nur noch erfolgen, soweit sie durch die Interessen der Kriegsführung, der Friedensschlüsse und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nötig erscheinen.

Die politische Neugestaltung in Sachsen vor dem Landtage

II. Nummer.

Sitzung Freitag, 1. November, vorm. 10 1/2 Uhr.

An Regierungsvertrag: Dr. Koch — Die öffentlichen Leistungen sind gut besetzt.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die veränderte Zusammenfassung des Gesamtministeriums, der auf den Reichstagen des Staatsrats beruht. Der Minister des Innern Dr. Koch bemerkt, die Einführung des Gesamtministeriums würde ein sich Veranlassung geben zu einer programmatischen Erklärung der Regierung. Wenn eine solche Erklärung im parlamentarischen Augenblicke unterbleibe, so sei der Grund dafür die geringe Lage, in der sich die Vertreter der Regierung befinden. (Abg. Fleißner: Gütlich! Gütlich!) Der Gesetzentwurf solle die Möglichkeit herbeiführen zur Bildung des Gesamtministeriums durch seine Verabschiedung solle erst den Mitgliedern aus der Mitte der Eintritte in das Ministerium ermöglicht werden. Der Gesetzentwurf erachte sich das Gesamtministerium in seiner Zusammensetzung einseitig als unvollständig, und es würde, falls es hätte eine programmatische Erklärung abgeben, damit nur den Mitgliedern des Gesamtministeriums vorgelesen. (Abg. Fleißner: Sehr richtig!)

Abg. Probst (Fr. Rp.) beantragt namens der Reichstagsmitglieder, das Gesetz unter Abnahme von Reichstagsmitgliedern und Reichstagsmitgliedern in sofortige Schlussberatung zu nehmen und den Gesetzentwurf unverändert nach der Vorlage anzunehmen. Seine politischen Freunde enthielten sich, heute auf Einscheiden im Reichstagen, da nächste Woche eine politische Debatte stattfinden werde.

Abg. Endermann (Soz.):

Wir begrüßen die Vorlage als den Anfang einer Neugestaltung, die in ihrem weiteren Verlaufe zur vollständigen Demokratisierung nicht nur des sächsischen, sondern auch des deutschen Reiches führen muß. Wir haben uns bereitwillig der Regierung zur Verfügung gestellt, weil wir in der nächsten Zeit für das Vaterland, in der nächsten das ganze Volk mit allen seinen Begleiterscheinungen an und heranzuführen nicht abseits stehen, sondern bei den Maßnahmen der Regierung mit tätig sein und mit der Verantwortung tragen wollen. Der Beweggrund hierfür ist nicht etwa Egoismus, sondern die Einsicht, daß die Verantwortung für die Zukunft der sächsischen Bevölkerung eingeleitet, sondern einzig und allein der Wunsch der Verantwortung der gesamten Regierung in dem Sinne mitzutragen, daß die Demokratisierung und Parlamentarisierung in nächster Zeit vollständig durchgeführt werde. Diese Aufgabe aber wird ungemein erleichtert durch einen

Befehl des Kommandierenden Generals in Leipzig

vom 28. Oktober, der die Bevölkerung, besonders die Soldaten, bei Erfüllung von Aufstellungen mit schweren Strafen bedroht und in Aussicht nimmt, Widerstand gegen das arbeitende Volk aufzuführen. Das ist geradezu eine Desavouierung, eine Herausforderung der deutschen Volksgliederung. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Berlin hat man beschlossen, die Militärregierung der Zivilverwaltung zu unterstellen und in Leipzig erklärt der Kommandierende General eine Publikation, die dem direkt ins Gesicht schlägt und die Volksgliederung vor dem ganzen Volk in Risikobild bringen soll und bringen muß. Wir fordern die Regierung auf, das alles geschieht, damit von Berlin aus dieser Erfolg nicht ausbleibe gemacht wird, und mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß ein für allemal solche das gesamte Volk schwer schädigende Erlasse unterbleiben. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Böhm (Konf.) erklärt, seine Fraktion stehe von einer Änderung ihres Standpunktes im einzelnen ab, obwohl sie sich über die Tragweite der Vorlage, die den Übergang zum parlamentarischen System zum parlamentarischen System bedeute, vollkommen im klaren sei. Mit den beiden Wünschen für die Entwicklung des Reiches treten die Konventionen auf den Boden der Vorlage. Er wolle aber noch feststellen, daß er bei seiner Fraktion beantragt worden sei, zu den Vorgesängen im Reich und in Preußen schneidend Stellung zu nehmen, da es sich um die Haltung zu entscheiden. In einem von seinen Parteigenossen beglaubigten Schriftstück habe er für die sächsische Volkspartei folgende Forderungen im allgemeinen, gleichen Wortlaut, Betätigung der Kräfte zur Reform der ersten Kammer und Verschärfung der Kontrolle der Regierung durch die zweite. Diese Forderungen seien also von den Konventionen über den derzeitigen Reichtum erhoben worden. Sie seien nicht getrennt, an den bevorstehenden großen Aufgaben mitzubedenken.

Abg. Fleißner (Unabh. Soz.): Wir sind leider nicht in der Lage, diese Vorlage begrüßen zu können, wir können auch nicht zugestehen, daß damit der Anfang einer Demokratisierung Sachsens und Deutschlands angebahnt sein soll. In einem Augenblicke, wo sich alles überläßt, erkennen wir König einen Staatsrat auf Grund einer mittelalterlichen Verfassungsbestimmung. Diefem Staatsrat sollen Herren der ersten und zweiten Kammer und der Regierung angehören. Das ist bezeichnend! Der Erlaß des Kommandierenden Generals in Leipzig zeigt auf die Demokratisierung und Parlamentarisierung wie die Faust aufs Auge. Daß der Erlaß herausgegeben worden ist, ist nicht richtig, es ist ein Geheimbefehl, der dem Reichstagen die Möglichkeit auf die Öffentlichkeit gelangen sei. Wenn es nach dem Generalaufmann geht, so wisse man, wie das Volk in nächster Zeit behandelt werde. Jener General scheint keine Ahnung von der Stimmung der Soldaten zu haben. Der Staatsrat bedeutet die Aufkündigung des Volkes und eine prinzipielle Anerkennung der Reichstagsmitglieder der ersten Kammer. Auf die Ausgestaltung des Staatsrats, der durch Verordnung ernannt sei, habe das Parlament nicht den geringsten unmittelbaren Einfluß. Der Staatsrat solle, wenn es so weiter geht, den Landtag vor fertige Tatsachen. Das möchte und vermöchte bei diesem Vorgange sei jedoch, daß die Opposition mündlich gemischt werde und auch mündlich gemacht werden solle. Die erste Aufgabe des Staatsrats habe in der Abdankung von Ministern ohne Fortsetzung und wahrscheinlich auch ohne Einfluß bestanden! Die Reichstagsminister aber sollen überwindlichen Einfluß haben und auch wählen. Die Minister ohne vorherige Zustimmung des Reichstages sein! Gemäß können auch solche Minister Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ausüben oder wie man hier die Sache angeht, erscheint es ausgeschlossen, daß es dazu kommt.

In der Hausdebatte habe alles sein sollen. Was man hier zu tun habe, sei ein Pseudo-Parlamentarismus schlechter Art. Wenn man die erste Kammer habe, mit den letzten Verfassungen erfindlich zu machen, so habe es die erste Aufgabe des Reichstages sein müssen, bei der Reichsregierung die Forderung auf sofortige Aufhebung des Belagerungsjustiz zu stellen.

Die zweite Aufgabe einer freiheitlichen Regierung und eines freiheitlichen Reichstages müsse auch die Befestigung der ersten Kammer sein. Die sächsische Demokratisierung und Parlamentarisierung solle sich mit der ersten Kammer überhaupt nicht bereinigen. Die Reichstagsmitglieder, wie ein Bild auf Wulgarten, Ungarn und Österreich, immer mehr die Unbestimmtheit der monarchischen Staatsform. Wenn der deutsche Kaiserthron zu nominieren ist, wer glaubt da, daß der sächsische Königthron zu halten ist, wer wolle die Regierung heute noch vertreten, daß in Deutschland

25 saubere Fürstentümer nötig sind? Es sei höchste Zeit, daß mit der monarchischen Staatsform aufgehört werde; sie sei ein ernstes Hindernis für politische Demokratie und Parlamentarisierung. Das letzte entscheidende Wort werde das Volk brauchen zu sprechen haben. (Beifall bei den Unabh.)

Abg. Lange (Soz.):

Die Neuordnung Sachsens von Fleißner beantragt und sehr einseitig beurteilt zu sein. Das gehe insbesondere dem Staatsrat, der Mittel zum Zweck sein solle (Ironisches Gähnen) bei den Unabh.) An eine Neuordnung des Reiches neben der Kammer habe niemand gedacht. Ueber die Wege zu einer Demokratisierung und Parlamentarisierung könne man verschiedener Meinung sein. Für und gegen in Frage: Woher der Weg führt am besten zum Ziel? Da gäbe es erstens den verfassungsmäßigen Weg der Ordnung, den ich für den besten halte, aber den zweiten Weg, den Fleißner im Auge habe, den der Diktatur! Von welcher Seite die Diktatur auch komme, ob von oben oder unten, immer bringe sie Härte und Opfer mit sich, sie sei auch unberechenbar. Die russische Revolution, so hoch sie eingeschätzt sei, habe noch nicht vor ihrem Abschluß. Es sei ein Fehler gewesen, die Konventionen aufzulösen und die Diktatur aufzulösen. Mit diesem Augenblick war der Sturm im Wehlaufe! (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der König hat die gemählten Mitglieder des Staatsrats ernannt und wird die gemählten Mitglieder ernennen. Ein persönlicher Willkür kann darin nicht erdacht werden. Auf diesem Wege ist das Ministerium gesichert, das dem Volke ein allgemeines gleiches Wohl bringen soll. Für diesen politischen Fortschritt haben wir ein Menschenalter gekämpft, die ersten Opfer gebracht, und was wir ihm jetzt auf dem angegebenen Wege erzielen können, da soll dem General zum Gefallen auf die Straße gegangen werden, damit die Maßnahmen gewissermaßen spielen können. Ist die Volksgliederung erst auf demokratischer Grundlage gesichert, soll sie ihre Minister ernennen, und wenn dann Fleißner und seine Freunde die Mehrheit in diesem Hause haben, werden wir uns dem ergeben. Ein Pseudo-Parlamentarismus wird es, wenn es im Reichthum hochsteht, ohne Licht und Sonne. Wir wollen aber etwas Dauerhaftes schaffen für das ganze Volk, nicht gegen das Volk.

Im übrigen warte man doch ein mal ab, was die Regierung und nächste Woche zu sagen hat. In diesem Augenblicke ist Handeln richtiger als 10000 gute Worte. All den radikalen Worten werde nicht das geschaffen als mit der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Sachsen.

Abg. Fleißner (Unabh. Soz.): Der Unterschied zwischen mir und Landesführungen besteht eben darin, daß Sie (zu den Sozialisten) alle Hoffnung auf den guten Willen der Regierung setzen. (Rufen bei den Soz.) Unter der Ägide des Reichstages verziehen wir allerdings etwas anders als Herr Lange. Die Konventionen in Sachsen war unter einem Ausnahmezustand gemacht und konnte daher nicht als Ausdruck des Volkswillens gelten. Der Kapitalismus tritt nirgendwo in so einschüchterndem Maße wie in Deutschland auf. Deutschland ist daher für den Gesellschaftszustand, den wir erleben. Der Reichstag polemisiert dann gegen den Abg. Lange und erklärt, seine politischen Freunde glauben bestimmt, daß die Soldaten auf das Befehl eines Kaufmanns nicht auf ihre Kameraden losgehen werden.

Abg. Fleißner (Soz.):

wendet sich gegen die Ausführungen Fleißners, die offenbar die Abkündigung der Reichstagsmitglieder, nach außen den Eindruck zu erwecken, als ob die Sozialdemokratische Fraktion und die Mehrheit einseitig nur das erstrebten, was die Konventionen schon längst gefordert hätten. Dr. Böhm habe ihm dazu ein vollkommenes Schildwort gegeben. Auch den Unabhängigen und den Konventionen werde wohl niemand glauben, daß die Konventionen schon lange vor hätten, was zu tun, was nun erfolgen sollte. Das Zusammengehen der Konventionen und Unabhängigen in diesen Fragen sei sehr bezeichnend. Auf das Volk komme es allein nicht an, sondern darauf, was dazu beitrage, dem Volke den nächsten Fortschritt zu bringen. Von diesem Weg werden wir uns auch durch die Rede Fleißners nicht abbringen lassen. (Bravo! bei den Soz.) Es sei ein großer Unterschied, ob wir ohne weiteres einen Minister ohne vorherige Zustimmung oder ob wir den Eintritt eines Sozialdemokraten in die Regierung von gewissen Bedingungen abhängig machen. Wir handeln nicht aus Liebe zur Regierung, sondern aus Liebe zum Volke. Fleißner habe den Reichstag auf die Befestigung des sächsischen Thrones gelegt. Das ist für uns vorläufig nicht die wichtigste Aufgabe, wir haben jetzt viel wichtiger zu lösen. Außerdem seien die jüngsten Ereignisse, daß die Neuordnung nicht mehr an Thronen und Thronchen scheitern kann.

Der Befehl des Generalkommandos in Leipzig habe allerdings in die sächsische Neuordnung hinein wie die Faust aufs Auge. Wir haben aber zum deutschen Volke und insbesondere zur sächsischen Reichthumschaft das Vertrauen, daß sie durch die angeordnete Militärregierung sich nicht im Reichthum lösen lassen wird, sondern daß sie auch für ihre eigenen Interessen das einsehen wird, was sie bisher für fremde Interessen machte. Vor diesem Augenblicke fürchten wir uns also durchaus nicht. Der Befehl des Generalkommandos in diesem Augenblicke bedeutet aber eine Eiskühlung der ganzen freibewilligen Arbeit, eine Verstopfung des ganzen Volkes, da erst der wenigsten Taten durch Verfassungänderung die Willkür unter der Zivilmacht gestellt worden ist. Das deutsche Volk ist in der Lage, diese Verfassungänderung auch die vorliegende Preß zu geben. Die deutsche Arbeiterschaft hat eine Macht in den Händen wie nie zuvor und werde davon auch den richtigen Gebrauch machen, aber keinen Mißbrauch! (Bravo! bei den Unabh.) Die Sozialdemokratie hat sich durch die Mitarbeit im Reichstagen nicht gemauert. Sie haben nur dafür gefordert, daß der Staatsrat nicht zu einem Hemmschuh für die weitere Entwicklung wird. Richtig ist es auch, daß wir unsere ganze Hoffnung auf die Regierung setzen. Im Gegensatz, die Regierung setzt ihre Hoffnung auf die Mitarbeit des ganzen Volkes, und insbesondere der Arbeiterschaft, und deshalb wollen wir die unsere Arbeit nicht verlassen. Mit dieser Vorlage wird nichts weiter als die elementarste Grundlage für die praktische Arbeit der Neuordnung geschaffen. Die sächsischen Arbeiter werden uns nicht verlassen. Die äußerste Linie hat oft versucht, die Handlungweise der sozialdemokratischen Fraktion in Mißtreue zu bringen, der Erfolg ist aber bis heute verfehlt geblieben. Ich habe das Vertrauen, daß die Arbeiterschaft versichert wird, daß wir nicht anders handeln konnten als es geschah. Die Unabhängigen geben sich zwar als sehr tüchtige Revolutionäre, sie sind aber unter sich nicht einig, was unter Revolution zu verstehen ist. Wie das zeigen können, was wir wollen. Wenn sich die Umwälzungen im Reichstagen der Regierung halbesinnig können, dann werden wir diesen Weg der Revolution ablehnen. Wir stehen rein vor dem Volke und der sächsischen Arbeiterschaft da. (Bravo! bei den Soz.)

Nach einer weiteren kurzen Bemerkung des Abg. Dr. Böhm (Konf.) wird die Debatte gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Reim und Krupp.

Edward Reim hatte in einer Reichstagsrede behauptet, daß General Reim seit dem Jahre 1901 von einer bekannten Rüstungsfirma ein festes Jahresgehalt bezogen habe. Als die in Betracht kommende Firma war dann von der Münchener Post — Krupp genannt worden. Einige altdeutsche Wälder haben Reim wegen seiner Behauptung lebhaft angegriffen. General Reim hat sich aber bisher noch nicht geäußert. Nun veröffentlicht

Edward Reim im Berliner Tageblatt einen Artikel, der einem mit A. L. unterzeichneten Bericht an die Firma Krupp aus dem Jahre 1901 entfällt. Darin wird die Notwendigkeit betont, die Preise zu beeinflussen damit sie sich gegen die Firma Krupp, der damals übertriebene Preisforderungen vorgebracht wurden, entgegenkommender zeige. Als geeigneter Mittelsmann wurde Herr Reim empfohlen.

Reim wurde dann auch, wie Reim behauptet, einer der Mittelsleute der Firma Krupp zur Beeinflussung der Preise. In der Deutschen Zeitung war behauptet worden, daß er die Summen, die er für Beiträge zu literarischen Unternehmungen oder als Leiter vaterländischer Organisationen erhielt, teils in deren Interesse verwendet habe. Reim wirt nun die Frage auf, warum, wenn die Bewandlungen und Auszahlungen an Reim so unaufrichtig waren, sich in den Büchern der Firma Krupp, wie es tatsächlich geschehen ist, ein Konto K befand, dessen Zweck teils dem Hauptkassierer verborgen gehalten wurde. Dieser hätte die dort verbuchten Beträge einem Direktor aus, der sie dann ihrem Zwecke zuführte. Bis zum Jahre 1912 ist an diesem Verfahren festgehalten worden. Die Firma Krupp sowie Herr Reim werden sich nun wohl oder übel zu den Behauptungen Reims äußern müssen. Reim war einer der eifrigsten Rüstungsarbeiter, und es wäre ein unerhörtes Schandmal, wenn er, was noch Wenigstens Mitteilung kaum mehr bezweifelt werden kann, von einer Firma Geldbewandlungen erhalten hätte, die diese Rüstungsarbeiter Millionen in die Tasche leiteten.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück.

Berlin, 1. November. Amlich wird gemeldet: Heute vor-mittag, 8 Uhr 50 Min., fuhr der Militärurlaubszug 4026 vor Bahn-hof Briesen (West) auf den abgerissenen und festengelassenen Schluh-streil des Güterzugs 7708 auf. 19 Militärpersonen und der Schluh-bremer des Güterzugs sind tot, 50 Militärpersonen schwer, 13 Mil-itärpersonen und 2 Mann vom Zugpersonal leicht verletzt. Den Ver-letzten leistete ein im Urlaubszug befindlicher Militärarzt die erste Hilfe. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Die Heimatfront im Hause Krupp.

Der Dortmunder Generalangeiger berichtet: Das Verdien Kreuz für Kriegshilfe erhalten auf der Kruppischen Villa Hügel und deren Umgebung die Haus-hälterin Marie, die Wirtschafterin Rudolf, die Haushälterin Go-gel, der Küchenmeister Dörs, der Diener Krog, der Diener Pie-rens, der Diener Dörsch, der Diener Gode, der Diener Hierenlohn, der Küchenmeister Schiller, der Stallmeister Brunner, der Be-reiter Puff, der Rutscher Kade, der Oberkassierer Pfeiler, der Schneidermeister Reiffel, die Haushälterin Bechtold, der Par-tier Hörmann, der Waldarbeiter Triegen und verschiedene andere.

Ein tüchtiges Haus: die Herrschaft reich an Kriegs-verdienst — die Dienerschaft geeignet mit Kriegsverdienst-zeugen.

Ein Vermögen in der Gardinenkammer.

Berlin, 1. November. Einbrecher hat einem Handelsmann seinen nur Trübsam; schließlich schienen ihnen die Gardinen der Rinnahme wert. Ihre Heberaktion war groß: aus der hohen Etage fielen 17000 Mk. in Rollen gezeigten und Pan-tonen heraus. In was für verlegenen und feuergefährlichen Ver-stecken mögen sonst noch Leute ihre paar Kröten legen, die sie ihnen eines schönen Tages auch verloren gehen! Geld gehört auf die sichere Sparkasse oder Bank.

200 Sträflinge entlassen.

Wien, 1. November. Den 2. Oktober zufolge sind aus der Militärstrafanstalt Wöllersdorf im Bezirk Wien-Neubau am 31. Oktober 200 Militärsträflinge entlassen worden und auf Grundbesitz entlassen. Darunter befindet sich auch der gemeine Oberleutnant Adolf Hofried, der vor Jahren wegen Mordes am Hauptmann Rader und Wittmolders als an-dere Generalstabsoffiziere zu 20 Jahren Festung verurteilt worden war.

Letzte lokale Nachrichten.

Verteilung von Strumpfwaren.

In nächster Zeit wird eine dritte Verteilung der von der Reichsbedarfsstelle für die Stadt Dresden zugesetzten Strumpf-waren stattfinden. Die hiesigen Kleinhändler müssen ihre Ver-darfsanmeldungen bis einschließlich 10. November bei der Ge-schäftsstelle Breite Straße 14 einreichen. Derartige Strumpf-waren kann jede im Besitze eines bezugsfähigen befindliche Per-son, die ohne sie in Not geraten würde und die nicht in der Lage ist, solche Waren sich auf anderem Wege zu beschaffen, erwerben. Bei Inhabern der selben Lebensmittelliste zur Zeit mit An-spruch auf — Personen mit Einkommen bis 1000 Mk. — wird diese Bedürftigkeit ohne weiteres angenommen. Die Lebensmittelkarte muß von der Bezugsbedarfsstelle abgetempelt werden. Für Personen mit höherem Einkommen gilt das für den Bezug von Reichsware im allgemeinen geordnete Verfahren.

Straßenbahn-Siebenerkarten.

Die Selbstfahrer der Straßenbahn werden von den Karten-inhabern vielfach zur Aufbewahrung von Siebenerkarten benutzt und dem Schaffner in dieser Umhüllung übergeben. Dadurch werden die Schaffner aber in dem Glauben versetzt, daß der Vorzeiger widerrech-tlich von der Selbstfahrkarte Gebrauch machen würde, was die Einziehung dieser Karte mit den in den Tarifbestimmungen und der Betriebs-ordnung vorgesehenen Folgen (Einziehung, Nachzahlung, Strafzahlung) nach sich zieht. Zur Vermeidung jeder unnötigen Erörterung der Diensthabenden des Schaffners sind daher die Siebenerkarten dem Schaffner heftig ohne jede Umhüllung zu übergeben.

Fünf Gasbergigungen.

Die Gasbergigungen häufen sich in der letzten Zeit immer mehr. Heute früh in der 7. Stunde wurde in einem Grundstücke der Klaustraße ein Trainisoldat mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden. Es lag wahrscheinlich Selbst-mord vor. — Ferner fand man kurz nach 8 Uhr in einem Hause der Wartburgstraße einen 24jährigen Kartonnagen-schneider und eine 20jährige Arbeiterin mit Leuchtgas be-täubt auf. Es gelang nach 15 Min. lang angelegten Wieder-belebungsversuchen, beide wieder zum Bewußtsein zurückzu-bringen. — Gegen 10 Uhr wurden in der Peststraße ein 42jähriger und ein 20jähriger Mann mit Leuchtgas vergiftet vorgefunden. Letzterer war bereits tot, während bei dem ersten halbständigen Wiederbelebungsversuche zum Erfolg führten.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte

für den 8. November:

Reine tiefenartige Witterung.

Bekanntmachung.

Der Preis der auf Aufweis 210 zu verteilenden Zwischeln bei der Abgabe an die Verbraucher wird gemäß der Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern vom 20. Oktober 1918 auf 34 Pf. für das Stück festgesetzt.

Verkehr mit Zucker.

Mit dem Gesetz der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt: 1. Die auf Zucker lautenden Abchnitte der Lebensmittelkarte für Militärverbraucher sind nach ihrer Befreiung durch den Kleinhändler von diesem Freitag nicht mehr, wie bisher, an den Lieferanten

weiterzugeben, sondern zu Beginn jedes Monats für den vergangenen Monat dem für die Abchnitte

lich zuständigen Reichsamt eingezuschicken.

Mit dem auf Zucker lautenden Abchnitten der Lebensmittelkarte für Militärverbraucher haben die Kleinhändler, wie schon bisher, in gleicher Weise zu verfahren.

§ 2. Die Maßbezirke haben die Zuckermengen festzustellen, die von den Kleinhändlern durch die nach § 1 eingerichteten Kartenabchnitte belegt werden, und den Kleinhändlern in der festgestellten Höhe Zuckerbeglaubigungen der jeweils geltenden Zuckerrate zu erteilen.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden nach der Verordnung des Reichsausschusses vom 17. Oktober 1917 bestraft.

Dresden, am 20. Oktober 1918.

Deutscher Metallarbeiterverband Dresden und Umgeg. DMV

Schönplatz 20, I. und II. Fernsprecher: 15 079. Besitzt Mügela. Vertrauensmänner-Versammlung. Branchen-Versammlungen! Elektromonteur. Klumpner.

Ortskrankenkasse Kößschenbroda. Aerztliche Sprechstunde für Rassenmitglieder und Familienangehörige an

Bekanntmachung. Die Zwischenscheine für die 4 1/2 % Schatzanweisungen der achten Kriegsanleihe und für die 4 1/2 % Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII können vom 4. November d. Js. an

in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden. Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt.

Mit dem Umtausch der Zwischenscheine für die 5 % Schuldscheinforderungen der VIII. Kriegsanleihe in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen kann erst später begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt alsdann.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden.

Reichsbank-Direktorium. Davenstein. v. Grimm.

Buntes Theater Tivoli-Palast. Heitere Künstler-Abende. Fortsetzung in der Sekt- und Künstler-Klausur

Gasthof Leuben. Sonntag den 8. November, abends 7 Uhr. Julius Beyers Victoria-Sänger

Gasthof Leutewitz. Morgen Sonntag den 8. November. Großer Theater-Abend

10000 Rezepte und Verfahren mit Beistellung chemischer und technischer Gebrauchsarbeiten

Berftarbeiter. Schiffbauer, Mieter, Stemmer. Schiffsmaschinenbauer

Revolverbank-Einsteller. Schlosser - Dreher - Mechaniker. Gustav Heyde, Abt. 5

Zuschneidemeister für Holzbearbeitung, der an modernen Sägemaschinen

Tücht. Arbeiterinnen für Drehbänke und andre Maschinen werden laufend gesucht

Kornmacher, Gußputzer und Elektromonteur in dauernde Beschäftigung sucht

Maurer, Zimmerer und Arbeiter für dauernd sofort gesucht

Kutscher. Klemens Gatzsch & Co. Expedition, Altlagenberger Straße 3.

Männliche Arbeitskräfte in dauernde Beschäftigung sofort gesucht

Werkzeugmacher. Klempner. Einspanner

Ica-Aktiengesellschaft Betriebsstelle Dresden-Roßk. Revolverdreher

Tüchtige Maschinenschlosser werden sofort eingeführt

Gasth. Hochritze. Morgen Sonntag 17 Uhr. Großes Konzert.

Musikal. Unterhaltung. Spielen u. Gesänge bei

Karbid-Lampen. Tisch-Karbid-Lampen

Belour. Schönfarbig, wasserfest und preiswert

Kanarien. Edel-Kanarienvogel

Entgeltlose Apfel- u. Birnenhälften

Frau Heusinger. Am See

Peiz. Grobes Lager

Schneidemeister

Hydrant

Hydrant

An Sachsens Volk!

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Unter dem Druck der schweren Zeit der Not vollzieht sich in Deutschland die Demokratisierung der Staatseinrichtungen. Die Sozialdemokratie hat sie seit langem erstrebt, und ihre frühere Durchführung hätte unser Volk vor bitteren Erfahrungen bewahrt. Nachdem sie nach im Weltkrieg durch ihren Eroberungswahn und durch die Verweigerung der Volkrechte so fürchterliches Unheil über uns gebracht haben, sind nun endlich die alten Gewalten, der absolutistische Staat, das Junkertum, die Militärkastei beseitigt. Die Neuerungen der Reichsverfassung, die der Reichstag durchgesetzt hat, legen den Grund zu neuer Gestalt unseres staatlichen Lebens. Die Demokratie ist angesetzt. In die Hand des Volkes ist die Bestimmung seines Loses gelegt.

Nun gilt es weiter zu gehen. Es genügt nicht, die Spitze des Reiches zu demokratisieren. In alle Zweige der Staatsverwaltung muß sich das Selbstbestimmungsrecht des Volkes fortpflanzen. Alle Ämter der staatlichen Gemeinschaft müssen vom Volke des neuen demokratischen Lebens durchdrungen werden.

Auch bei uns in Sachsen ist der Wahn der Reaktion gebrochen. Unser langjähriger Kampf gegen das Mehrstimmenrecht und für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zur Zweiten Kammer erreicht das erstrebte Ziel. Die Regierung der Beck, Seydewitz und Böhme, die die Zeichen der Zeit so schlecht verstand, hat den Platz räumen müssen. Eine neue politische Epoche beginnt auch in unserem Bundesstaate.

Wie im Reiche so hat sich auch in Sachsen die Vertretung unserer Partei bereit erklärt, Mitglieder der Partei in die neu zu bildende Regierung zu entsenden unter der Voraussetzung, daß genügende Bürgschaften für die demokratische Entwicklung unseres Landes gegeben werden. Wie wohnen bei diesem Ausschlag auf das volle Verständnis unserer Parteigenossen und der werkesten Kreise des Volkes. Unsere Vertreter in der Regierung werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, in der schweren Zeit, die uns noch bevorsteht, die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen nachdrücklich wahrzunehmen und eine gerechte Ordnung des gesellschaftlichen Lebens anzubahnen.

Auch in die Gemeinden, in die Kreis- und Bezirksverwaltungen muß ein neuer Geist eingezogen werden. Erst die Durchführung einer leistungsfähigen, das Gemeinwohl fördernden Selbstverwaltung wird der Demokratie die unerschütterliche Grundlage geben. An dieser großen Arbeit werden alle tüchtigen Männer und Frauen des arbeitenden Volkes mit ganzer Kraft mitwirken müssen.

Dresden, den 29. Oktober 1918.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Aufbau des neuen Sachsen.

Die Verfassungsänderungen von beiden Kammern des Landtags angenommen. Die Neugestaltung der Regierung durchgeführt. Die Landtagsabgeordneten Frickhoff, Feldt, Günther und Rischke zu Staatsministern ernannt.

Auf dem Wege in das neue freiheitliche Sachsen ist die alte Epoche erreicht. Die Regierung wurde durch die gestern vom Landtag beschlossenen Verfassungsänderungen so umgestaltet, daß dem Eintritt der parlamentarischen Minister nicht mehr im Wege stand. Unmittelbar danach sind für auch den Vorläufer der Mehrheitspartei entsprechende ernannt worden. Freilich ist die Ernennung der äußeren Form noch nicht erfolgt, wie im alten Sachsen zur Zeit der konstitutionellen Herrschaft, aber dennoch besteht ein gewaltiger Unterschied. Früher wurden Minister nach dem freien Ermessen des Königs ernannt, der sich vielleicht Ratgeber bei den verschiedenen Ministern oder bei anderen Regierungsstellen einholte, wahrscheinlich auch höhere Hofbeamte wie den Minister des königlichen Hauses gehört haben mag, aber an nichts gebunden war. Heute ist nicht mehr der Einfluß von Hofleuten und Regierungsräten maßgebend, sondern die Mehrheit der Zweiten Kammer; aber diese kommt nicht nur als ein freies Gremium ernannter Ratgeber in Betracht, sondern als die entscheidende Stelle, nach deren Willen die Berufung erfolgt muß. Somit wird die Zusammenlegung der Regierung heute nicht mehr nach den Absichten des Königs oder irgend welcher unverantwortlicher Hofstellen, sondern der Zweiten Kammer bestimmt. Heute sind die Minister auch nicht mehr Ratgeber des Königs, sondern die Spitze der Volksvertretung, nach deren Willen sie das Staatsgeschäft leiten muß, wenn sie am Steueruder verbleiben will. Auch für die Entlassung ist nicht mehr die Ungnade des Königs, sondern der Wille der Volksvertretung entscheidend.

Das ist ein neues System, das sich trotz der schwierigen Form der Ernennung von der alten unterscheidet wie Tag und Nacht. Das ist das demokratische oder parlamentarische System; aus dieser Veränderung leuchtet die Morgenröte des neuen freiheitlichen Sachsens. Freilich stehen wir erst am Beginn der neuen Zeit. Noch ist manches zu tun, ehe wir einen ausreichenden Aufbau erreicht und diesen gesichert haben. Es ist nötig, das parlamentarische Regierungssystem möglichst für die Dauer zu sichern. Wahlrecht muß durch das allgemeine gleiche Wahlrecht ersetzt, der entscheidende Einfluß der Zweiten Kammer befestigt werden, in Gesetzgebungs- und Schule der Geist der neuen Zeit eingezogen. Auch dieser freiheitliche Aufbau beruht durch ihre Zulage

geleistet. Wäre er es nicht, würde kein Sozialdemokrat in die Regierung eingetreten sein.

Die Arbeit der nächsten Wochen wird dem weiteren freiheitlichen Aufbau gewidmet sein. Wir hoffen, daß es dann nicht mehr lange dauern wird, bis das sächsische Volk zur allgemeinen Wahlurne aufgerufen, wo es mit dem Stimmzettel über die Zusammenlegung der neuen Volksvertretung entscheiden soll.

Im Landtag haben wir allerdings gestern von unabhängiger Seite gehört, daß diese Neugestaltung wertlos sei, weil sie nicht vom Wronde des Aufstiegs verurteilt wäre. Dieser Geist des Aufstiehs trat aber sehr gefährlich zutage; er offenbarte mehr Verlegenheit und Verzerrungsbucht wie freiheitliche Absichten. Man erging sich in revolutionären Reden und stellte sich blind angelehnt der revolutionären Umwälzungen, in denen wir leben. Man feierte die Bewegung in Wien und wollte nicht sehen, daß sich dort der freiheitliche Aufbau nur in andren Formen vollzieht, aber im wesentlichen nichts anderes erreichen kann und wird wie in Sachsen. Man spielte etwas, aber freilich recht vorläufig, mit einem Heeren des Aufstiehs und ignorierte gessichtlich die Tatsache, daß wir in Sachsen im Begriffe sind, die freiheitlichen Errungenschaften zu erreichen, die unter andren Verhältnissen auch nur das Ziel solcher Kämpfe sein könnten, wie sie die Herren im Munde führen, die jetzt zeternd hinter dem Wogen der Neugestaltung verlaufen. Auf die Regierung sollten wir unsere Hoffnungen setzen. Welche Enttäuschung! Wir wollen die Errungenschaften dadurch sichern, daß wir die Regierung zum entscheidenden Organ der Volksvertretung machen. Nach einer Neugestaltung von unten herauf rief man und suchte die Neuordnung als ein Geschenk von oben in Wirklichkeit zu bringen; es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß auch die sächsische Erneuerung von unten kommt und Regierung und Herrenhaus nur einem durch sozialdemokratisches Drängen veränderten Drucke aus dem Volke nachgeben, wenn sie jetzt in eine durchgreifende Erneuerung einwilligen und das Regiment an die Volksvertretung abgeben.

Wer nicht mit Absicht entfallen will, kann gar nicht in Abrede stellen, daß wir uns in einer Revolution befinden, die uns Errungenschaften zu sichern verpflichtet, für die wir seit einem halben Jahrhundert vergeblich gekämpft haben. In was aber nach einem Aufstand rufen, wenn ohne einen solchen die revolutionäre Umwälzung erzwungen werden kann! Wie abgrundtief stünden wir unter dem Marzischen Geiste, wenn wir Straßenkämpfe und nicht die Neuerungen, das Ziel, als die Haupttatsache bei einer Revolution feiern wollten. Das Ziel aber werden wir erreichen, soweit es unter den heutigen Verhältnissen überhaupt möglich ist, wenn das Volk zu uns und der freiheitlichen Neuordnung, zur revolutionären Tat steht und im Gegenzug dazu die revolutionäre Nebenart richtig einschlagen lernt. Die Sozialdemokratie wird alles einsehen, um möglichst raschen Aufbau konstante Fäden zu sichern.

Rechtzeitig und kraftvoll muß das Volk auch den Gefahren begegnen, die sich dem Werke der Befreiung entgegenzustellen versuchen. Die Mächenschaften der Gegenrevolution müssen mattgesetzt werden. Denn die nunmehr gestärzten Gewalten sind am Werke, den Kampf für die Erhaltung und Neuausrichtung ihrer Vorrechte zu organisieren. Unter dem Deckmantel der nationalen Interessen suchen sie das Volk aufzuputtschen und für ihre Zwecke einzuzangen. Sie rechnen auf den „Unverstand der Massen“.

Und diejenigen sind ihre Helfer, die sich „unabhängig“ fühlen von jeder Verantwortung, die euch zu Torheiten, zu Puttschen und Gewalttaten hinzureißen versuchen, die bestrebt sind, mit dem Mittel der Verleumdung und Entstellung das Vertrauen zu der alten, erprobten Sozialdemokratischen Partei zu untergraben.

Wer ihnen die Hand reicht, der leitet nur jenen Wasser auf die Mühlen, die Feinde der Volksfreiheit sind, die nur auf Verwände lauern, die Macht ans neue an sich zu reißen und durch brutale Gewalt das Werden der Volksherrschaft zu ersticken, die Demokratie zu erdrücken.

Parteigenossen! Seid gerüstet! Stellt euch in Masse hinter die Sozialdemokratie und seid gewärtig, wenn sie euch anruft, um euren Willen und eure Entschlossenheit zum Kampfe für die Rechte des Volkes kundzutun.

Die Sozialdemokratie tut ihre Pflicht. Sie wird der wachsame Wächter sein gegen alle Gefahren, die der neuen Entwicklung drohen. Und sie wird nicht wachmen, um auch alle Hindernisse auszuräumen, die sich dem endlichen Kommen des Friedens entgegenstellen.

Durch schwere Zeiten wird das deutsche Volk noch gehen müssen. Durch die Schuld der alten Gewalten wird ihm ein harter Friede auferlegt werden. Als freies Volk werden wir auch seine Folgen überwinden.

Über nur einig und geschlossen, stark durch unsere alten Organisationen werden wir allem begegnen können, was auch kommen mag.

Es lebe das Volk! Es lebe der Friede! Es lebe die Sozialdemokratie!

in denen die alte Entrechtung wie schädlicher Dunst weichen und neues freies Leben auf der Grundlage der politischen Gleichberechtigung erstehen soll.

Die Verfassungsänderung im Herrenhause.

In der Ersten Kammer nahm die Beratung und Beschließung des Gesetzesentwurfs über die erweiterte Zusammenlegung des Gesamtministeriums nur kurze Zeit in Anspruch. Nach ein paar einleitenden Worten des Ministers Dr. Koch wies der Berichterstatter Domherr Dr. v. Habel darauf hin, daß es ein ungewöhnliches Verfahren im sächsischen Staatsleben sei, daß ein so wichtiges Dekret noch am selben Tage zur Verlesung gelangte, an dem es sich in die Hände der Ständemitglieder gelange sei. Der bittende Ernst der Lage greife uns allen aus Fern und erfordere rasche und durchgreifende Beschlüsse. Eile tue dringend not! Die Vorlage wurde darauf ohne jede Debatte einstimmig angenommen.

An den Pranger.

In der Dresdner Volkszeitung lesen wir am Samstag einen Artikel über die sächsische Neuordnung:

„Wenn es richtig ist, daß die Mehrheitspartei den Ministerpräsidenten zugestimmt haben, dann ist bewiesen, daß es sich für die Herrschaften nicht einmal um Scheinreformen, sondern einfach um die Ergatterung von ein paar Futterstellen bei der Regierung handelt.“

Es genügt, diesen Ausfluß politischen Hochgefühls niedriger zu hängen.

Die Wahlrechtsfrage vor den Leipziger Stadtverordneten.

Die Leipziger Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung am 28. Oktober mit allen gegen eine Stimme einen von Mitgliedern der ersten Abteilung eingebrachten Antrag angenommen: „Den Rat um Einbringung einer Vorlage auf Einführung des gleichen, allgemeinen Wahlrechts mit Verhältniswahl und gebundenen Werten ohne Wahlkreisanteile auf Grund der Städteordnung für die Stadtverordnetenwahlen zu eruchen.“ Ein weitestgehendes, vom sozialdemokratischen Seite ausgehender Antrag, der die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts und unter Anwendung des Verhältniswahlrechts verlangte, war vorher gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt worden.

Schwere Messerkämpfe zwischen einem Kartoffeldieb und zwei Wächtern.

Leipzig. Vor einigen Tagen ist zwischen einem Kartoffeldieb und einem Wächter und dessen Sohn, der ihn öfter in seinem Dienst unerschütterlich, eine wilde Messerkämpfe und Schieberei auf einem Felde am Döberitzschen Wege in Döberitz-Walden ausgebrochen, bei der alle drei Beteiligten am Ende vom Steine ereschöpft umlanken und liegen blieben, bis sie von verhältnismäßig rasch eintreffenden Gendarmen und Militärpolizisten weggebracht wurden. Der Sob, der einen Schlag nach dem andern

Handgeleit... in ein feuriges Gedächtnis aus einem Ort...

Demonstrationen in Leipzig.

Die Leipziger Unabhängigen hatten für Sonntag in drei großen Kundgebungen...

Leipzig. Die Leipziger Stadtverordneten stimmten einer Resolution auf Erhöhung der Kriegszulage...

Stadt-Chronik.

Hinterziehung von Kartoffeln und Schleichhandel.

Wegen Verschönerung von Kartoffeln aus der Ernte 1917 und Abzug derselben auf dem Wege des Schleichhandels...

Zur Verhandlung war eine größere Anzahl Jungen, unter denen sich auch der Pastor als Zeuge...

Der Stadtratspräsident von S. fand bei seinen Erörterungen bestätigt, daß die Vorräte im zweiten Gute des A. nicht mit angegeben waren...

Vom Stadtratsamt wurde auf Grund der Beweisaufnahme Verurteilung wegen vorsätzlicher Verschönerung von Vorräten beantragt...

Umgekehrte Fernzüge.

Die Eisenbahnverwaltung scheint der großen Massenkrankung des Volkes und dem Massensterben ziemlich teilnahmslos gegenüber zu stehen...

So war Montag den 28. Oktober der nach Meichenbach l. V. verkehrende Zug ab Dresden-Hauptbahnhof früh 6.20 Uhr gänzlich umgekehrt...



Schließt die Reihen!

Jeder, der von dem lebendigen Verlangen nach Friede und Freiheit...

beseelt ist, darf es nun nicht mehr bei einem frommen Lippenbekenntnis bewenden lassen...

Dresdner Volkszeitung

beweist dies. Ihre Abonnentenzahl ist allein im Laufe der letzten Woche um einige Tausende gestiegen...

Sozialdemokratischen Partei anzuschließen!

Nur durch den strengen Zusammenhalt und die Mitarbeit aller freiwillig gesinnten Männer und Frauen...

Nützt die Zeit!

Überall in Fremden- und Bekanntenkreisen, auf den Arbeitsplätzen...

Beitrittserklärungen für die Sozialdemokratische Partei und Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung können jederzeit...

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein.

Vor- und Nachname:

Beruf:

Wohnung:



Durch die ungeheure Verteuerung bei den Schnellzügen sind insbesondere die unheimlichsten Leute, die zu Reiten gezwungen sind...

denen Beamten antrifft, gegeben. Wie der oben zitierte Bericht der Wetterwarte beweist...

Genau so unbedeutend war Dienstag den 29. Oktober die früh 8.25 Uhr ab Meichenbach verkehrende Personenzug...

Es heißt doch getöbzt in außerordentlich leichtfertiger Weise mit der Volksgesundheit umgehen...

Es wird wohl an der Zeit sein, daß sich, wenn es werden auch bei der Generaldirektion der Eisenbahnen nichts helfen...

So wird's gemacht!

Während viele Leute mit den Berliner-Kartoffelarten in der Hand logau, tragen von einem Landwirt zum andern...

Wer liefert 50 Berliner Kartoffeln gegen 15 Berliner Kartoffeln? Angebote unter 335 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Es nicht etwa gegen Marken, sondern gegen den allzu sehr begünstigten Stückstoff werden Kartoffeln zu kaufen gesucht...

Wir wollen hoffen, daß der Stadtrat zu Willkür schnellstens eingreift und sich den längst, der das Inferno lockt...

Ueberwältigte Preissteigerung und Kettenhandel.

wurden dem schon mehrfach bestraften Handlungsgeschäft Karl Hermann Höpfer zur Last gelegt. Mit dem beiden...

Lebensmittelschwindel

brachte den 1886 in Gloschütze geborenen Lagerer Otto Max Straßberger wieder auf die Anklagebank. Unter dem...

Das deutsche Volk hat sein Schicksal in der Hand!

Noch nie ist unser Volk vor folgenschwerere Entschlüsse und Entscheidungen gestellt worden als in diesen Tagen...

Macht verpflichtet —

Jetzt ist die Zeit der vaterländischen Tat! Die 9. Kriegsanleihe muß eine Volksanleihe im wahrsten Sinne des Wortes werden...

Volkszeichnungstag.

Alle Zeichnungsstellen werden nach der Kirchzeit geöffnet sein. Wer sein Vaterland und sich selbst erhalten will, der zeichne so viel er irgend kann...

Vertical text on the right edge of the page, including 'Sonntags', 'Das Bei...', 'Geler...', 'Eisenk...', 'Einri...', 'spann...', 'rabei...', 'arbei...', 'Werk...', 'The United Ciga...', 'Polie...', 'Stromhe...', 'Georg Stie...'.

Zur Zahlungsmittelnot.

Das Reichsbank-Direktorium hat sich entschlossen, die in...

Kriegsunterstützung für die Schwiegermutter.

Das Familienunterstützungsgesetz knüpft den Anspruch...

Keine Ausweisung der Oesterreicher.

Der k. u. k. Generalkonsul in Berlin teilt mit: Infolge der vielen an das...

die verschiedenen nationalen Angehörigen der Kolonie zu er...

Rahrmittelbelieferung der Geschäfte im Bezirke der...

Das Dresdner Arbeiterssekretariat wurde in der Zeit...

Victoria-Theater. Wenn die Dresdner Gesundheits-

Kinderdramm-Kommission. Jeden Donnerstag (nicht...

Bermische Nachrichten. Stiglich zu Waisen geworden...

Verleumdung. Als Mitglieder der Dresdner Freisprecher...

Sozialkassen. Von Montag den 4. November an in den...

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitgeberchaft und Reichsarbeitsamt.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung schreibt unter...

Die Forderung der Gewerkschaften ging bisher dahin...

Dazu bemerkt das Korrespondenzblatt der Gewerks-

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung hat früher niemals...

Eine Einrede des Militärarbeiterverbandes.

Der Deutsche Militärarbeiterverband hat eine Eingabe an das...

Briefkasten.

G. Schmidt 48. 1. Wenn Ihre Frau keinen berechtigten Grund...

Gesundheits-Bibliothek 2 schöne Kucheneinrichtungen...

Volkszeichnungsstag
Alle Sparkassengeschäftsstellen sind zur Annahme von Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe...

Seckwerk Sporbitz bei Mügeln
Für dauernde Beschäftigung gesucht:
Gelernte Dreher, Schlosser und Schmiede...

Mädchen und Frauen
die gut besammet, gesund, kräftig, mindestens
1,55 Meter groß und 18-30 Jahre alt sind...

Seckwerk Schmiedeberg
an der Bahn Rainsberg-Kipsdorf
Für dauernde Beschäftigung gesucht:
Dreher, Schlosser, Transportarbeiter, Arbeiterinnen.

Werkzeugschleifer
werden angenommen
The United Cigarette Machine Comp., Fil. Dresden
Dornschützstraße 48

Licht. Tischler
für Heeresarbeiten sucht
Urban & Reissauer
Friedrichstraße 20

Poliere und Wiaurer
Gelehrten und Arbeiterinnen werden gesucht
Georg Richter, Chemnitz, Kaiserstraße 40.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend.
Zur Säuberung wird eine Frau sofort...

Mechaniker, Werkzeugschlosser und Dreher
Ernemann-Werke A.G., Dresden
Schandauer Straße 48.

Schlosser, Hilfsschlosser
Elektromonteur u. Fabrikarbeiter
für ein modern eingerichtetes Werk in der Oberlausitz...

Tüchtigen Geschirrführer
sucht für sofort in dauernde Beschäftigung.
Friedrich Zitzow, Eisen- und Stahlwerk
Lößbauer Straße 51/55.

Tüchtige Maschinen-Arbeiterinnen
Gewindeschleiferin
gel. Stabs. Maschinenfabrik
Lich. Müller, Tharandt Str. 45

Kartoffelhorden
Obsthorden
Artur Donath
Dippoldisdorf, Platz 2.

Kraft. Männer
Burschen
Frauen und Mädchen
suchen ein
Gereinigtes Strohhalm
Fabrik Götzig, G.

Hubb.-Schlafz. 1300 M.
2 Arbeiterkräfte, 4 Arbeiterinnen u. Kassen, Bettstellen u. Kastragen, Küchenmöbel, Reformbetten u. Kuffelmatrassen, 3 Kessel, Tisch, Sofa, alles wie neu, preiswert zu verkaufen.
Lager, Webergasse 8.

Die Volkshausfabrik veranlaßt am 4. November abends an diesem Tage die Theater- und Konzerte noch geschlossen sind...

Kleine Mitteilungen.

Der Vater Gustav Meier-Schwartz, einer der beachtetsten und verdienstvollsten Dresdner Künstler...

Der Tag...; dann sein würdevolles Sagenbuch. Große Verdienste hat sich Meier um die einheimische Literatur durch sein...

Spottartikel. Arbeitervorbereitung. Mittwoch, 7. November: Versammlung im Volkshaus...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Koch, Dresden. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Max Koch, Dresden.

Deutscher Metallarbeiterverband. Als weitere Opfer des Krieges seien: Krause, Fritz, Klempner, Ludwig...

Fritz Heider. Im Alter von 21 Jahren an den Folgen einer schweren Verwundung in einem auswärtigen Lazarett verstorben...

Artur Strehle, Steinseger. Im 20. Lebensjahre dem unheimlichen Mordmord zum Opfer gefallen ist...

Reinhard Neumann. Im Alter von 38 Jahren an der Grippe gestorben ist. Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 3. Nov....

Richard Müller. Verstorben ist. Die Beerdigung findet Montag den 4. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof zu...

Selma Frauenlob. Im Alter von 38 Jahren verstorben ist. Ihre ihrem Andenken! Die Beerdigung erfolgt am Sonntag den 3. November...

Oswald Blas. Ist nach kurzer aber schwerer Krankheit am 30. Oktober verstorben. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr...

Max Lommatsch. Die Beerdigung findet Montag den 4. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St.-Pauli-Friedhofes aus statt.

Frieda und Gertrud. Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme durch Wort und Schrift beim Hinscheiden unserer innigstgeliebten Tochter, Schwester, Nichten und Entlangten...

Transportarbeiter-Verband. Im Heresdienst gefallen oder gestorben sind die Kollegen: Döring, Rich. Brnst, Lagerarbeiter...

Karl Knackfuß, Mechaniker. Donnerstag im Alter von 51 1/2 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung erfolgt Sonntag, nachmittags 2 Uhr...

Frieda Schalm. Im blühenden Alter von 23 Jahren samt erkrankten Eltern im stillen Stillstand in tiefstem Schmerze verstorben ist.

Berta Frieda Hähnel. Für die vielen Beweise inniger Teilnahme durch Wort und Schrift sowie den reichen Blumenbesand und das ehrende Geleit...

Erich. Auch ein Opfer des Weltkriegs! Durch die schmerzliche Nachricht, das heute, nachts 12 Uhr, unser lieber, braver, herzensguter Sohn...

Dank. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, meines guten Vaters, Gustav Kerl...

Friedr. Gustav Meißner, Kammer. Am Reformationstag, abends 7 1/2 Uhr, nach langem, schwerem Leiden im Alter von 80 Jahre verstorben ist.

Ersatz-Bereitungen: Corona, Flug, Knorr, Trumpf. Schmelzer. Ziegelstraße 19, Pillnitzer Straße 50.

Werkzeuge. in bester Qualität für Tischler, Schlosser, Klempner, etc.

Winterhüte. in Filz- und Wolle nach J. Mohr, Bismarckstraße 5.

Postkarten. mit Photographie. Reich. Jähniq, Straße 11, Berggöhrungen.

Schrauben, Muttern. mit Eisen, 1 1/2-2 mm, 2-4 mm, 4-6 mm...

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.